

Angriff auf die Menschenrechte

Bericht über die Arbeit deutscher Menschenrechtsbeobachter/innen in Bondoc

Heliolito Abrenica, genannt Yoly, ist 43 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern und Antragsteller auf Land. Welche dieser Aspekte der Grund ist, dass es bereits fünf Angriffe auf sein Leben gab, ist weder ein Geheimnis, noch ist es schwer zu erraten.

Olivier Hoffmann

Yoly hat Einschussnarben an beiden Beinen, hat Narben von Machetenschlägen am Kopf – einen Körper gezeichnet von Mordversuchen. Am 6. Februar diesen Jahres gab es den nunmehr sechsten Versuch ihn umzubringen. Zeugenaussagen zufolge griff ein Scherge des Großgrundbesitzers Matias namens Fausto Otoy Peres Yoly auf dem Rückweg von einer Gerichtsverhandlung in San Francisco ohne Vorwarnung mit einem Bolo¹ an. Dabei erlitt Yoly schwere Kopf- und Rückenverletzungen und seine linke Hand wurde beim Versuch sich am Boden liegend gegen weitere Schläge zu schützen abgetrennt. Für 5000 Pesos (umgerechnet etwa 85 Euro) organisierten einige der Bauern und Bäuerinnen einen Jeepney, der Yoly ins fünf Stunden entfernte Lucena brachte, wo sich das nächste einigermaßen ausreichend ausgestattete Krankenhaus befindet. Nach einer erfolgreichen Operation befindet sich Yoly mittlerweile außer Lebensgefahr.

Zwei Mitglieder des Menschenrechtsbeobachtungsprojekt *International Peace Observers Network* (IPON), das seit Oktober 2006 auf der philippinischen Halbinsel Bondoc aktiv ist, befanden sich zum Zeitpunkt des Angriffes nur einige Dörfer entfernt und informierten umgehend die zuständigen Stellen. Anschließend schickten sie einen Bericht an IPON in Deutschland, wo umgehend Maßnahmen ergriffen wurden, um eine möglichst breite Öffentlichkeit über die erschreckenden Ereignisse zu informieren.

Einmischen kann sich IPON in den Konflikt der Bauern und Bäuerinnen mit den Großgrundbesitzern allerdings nicht. Denn die Organisation versteht sich

als unabhängiger und neutraler Akteur in dem Konflikt, nicht als Solidaritätsgruppe. Eine Einmischung käme einer Aufgabe dieser Prinzipien gleich und würde die Arbeit der Beobachter nicht nur erschweren, sondern auch unsicherer machen. Die Aufgabe der Beobachter ist die Begleitung der 3000 Mitglieder zählenden Bauernorganisation *Kilusang Magbubukid ng Bondoc Peninsula* (KMBP), die das Menschenrechtsbeobachtungsprojekt IPON angefordert hat, weil sie ihre Menschenrechte massiv verletzt sah. Die Arbeit von IPON ist die Beobachtung der Menschenrechtssituation in den Gebieten der Bondoc-Halbinsel, wo KMBP aktiv ist, insbesondere in den Gemeinden San Narciso, San Andres und San Francisco. Also in den Orten, wo die drei mächtigsten Großgrundbesitzer der Bondoc Halbinsel, namentlich Reyes, Uy und oben genannter Matias, ansässig sind.

Worum es geht ...

Es geht um 3 Hektar Land. Genauer gesagt drei Hektar Land pro Antragsteller². Genug Land um eine ganze Familie zu ernähren, die Kinder zur Schule zu schicken und einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen. Doch nur wenige Antragsteller/innen auf der Bondoc Halbinsel haben bislang Landtitel erhalten. Zu langsam arbeitet das Agrarreformministerium DAR, zu viele Lücken hat das Agrarreformgesetz *Comprehensive Agrarian Reform Program* (CARP) und erlaubt den Großgrundbesitzern immer wieder Wege zu finden, die Umverteilung des Landes zu verzögern oder zu verhindern.

Dabei schrecken die so genannten Landlords auch vor illegalen Mitteln nicht zurück: Mit Hilfe ihrer Schergen bedrohen, schikanieren, attackieren oder im schlimmsten Fall töten sie Bauern und Bäuerinnen, die sich aktiv für eine Umverteilung einsetzen.

Der Autor studiert Ethnologie und Soziologie in Göttingen. Er arbeitet ehrenamtlich bei FIAN und IPON.

Dabei können sie zuweilen sogar auf die Unterstützung oder zumindest das Nicht-Eingreifen lokaler Polizei, lokaler Militärs oder sogar lokaler Kämpfer der maoistischen *New People's Army* (NPA) zählen.

Die Gerichte drücken oft beide Augen zu, wenn es zu Prozessen gegen Personal des Großgrundbesitzers kommt. Dies tun sie jedoch nie, wenn Antragsteller/innen klagen. Anzeigen sind denn auch ein probates Mittel geworden, die Bauern und Bäuerinnen noch mehr zu schikanieren.

Rechtliche Schikanen

Zurzeit (Stand Ende Januar 2007) gibt es 202 Anzeigen gegen insgesamt 240 Mitglieder von KMBP. Sie lauten auf »Unbefugten Zutritt«, »Diebstahl von Kokosnüssen«, »Mutwillige Zerstörung« oder »Verleumdung«.

Die Verfahren bedeuten eine zusätzliche psychische und finanzielle Belastung für die ohnehin schon arg gebeutelten Bauern und Bäuerinnen. Aus Angst – oft brutal – verhaftet zu werden, trauen sich viele dieser aufgrund der Haftbefehle nicht mehr in verschiedene Dörfer oder Städte; ihre Bewegungsfreiheit ist damit noch eingeschränkter als zuvor. So dürfen die Bauern und Bäuerinnen oft speziell ausgeschilderte Bereiche, welche die Großgrundbesitzer für sich beanspruchen, nicht betreten; des Nachts trauen sich viele von ihnen nicht aus ihren Häusern, aus Angst, bewaffnetes Personal des Großgrundbesitzers, Militär oder NPA- Rebellen zu treffen.

Dass eine Umverteilung des Landes längst nicht nur den Bauern und Bäuerinnen zugute käme, haben mittlerweile auch einige staatliche Stellen erkannt. Denn der Konflikt zwischen den Regierungstruppen und den maoistischen Rebellen wird immer wieder dadurch genährt, dass frustrierte Antragsteller/innen, die keine Hoffnung mehr haben, auf legalem, gewaltlosem Weg ihr Land zu erhalten, zu der NPA überlaufen. Diese heißen sie nicht nur mit offenen Armen willkommen, sondern versuchen auch noch gezielt in den Reihen der Antragsteller/innen zu rekrutieren. Unwillige sehen sich dann zusätzlich dem Zorn der NPA ausgesetzt, die gegen jegliche Zusammenarbeit mit der philippinischen Regierung und somit auch gegen die staatliche Agrarreform ist. Dadurch geraten die Bauern und Bäuerinnen oft in den bewaffneten Konflikt zwischen Militär und NPA hinein. Den Großgrundbesitzern kommt das gerade Recht: sie nutzen ihren Einfluss und ihr Geld um beide Seiten, Regierung und Militär, für ihre Zwecke, nämlich eine Verhinderung der Umverteilung »ihres« Landes und eine Unterdrückung »ihrer« Pächter, zu benutzen.

»Der bewaffnete Konflikt auf der Bondoc-Halbinsel ist hauptsächlich ein Land Konflikt« sagte ein Colonel der philippinischen Armee den IPON-

Beobachtern bei einem Treffen. Und ein Mitarbeiter des *Department of Agrarian Reform* meinte gar einmal, dass die drei Großgrundbesitzer Reyes, Uy und Matias die »drei großen Kopfschmerzen der Bondoc-Halbinsel« seien. Doch allen guten Analysen zum Trotz kommt der Agrarreformprozess auf der Bondoc-Halbinsel nicht voran und die Alltags- und Menschenrechtssituation der Bauern und Bäuerinnen verschlechtert sich eher als dass sie sich verbessert. Dabei ist es die Aufgabe des philippinischen Staates – als Unterzeichnerstaat der UN-Pakte über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, sowie über bürgerliche und politische Rechte – seiner Verpflichtung, die in den Pakten aufgelisteten Rechte zu respektieren, zu schützen, bekannt zu machen und sie zu verwirklichen, nachzukommen.

Landreform allein reicht nicht

Auch wenn es mit der Umverteilung des Landes alleine auch nicht getan wäre – die Begünstigten bräuchten Saatgut und Arbeitsmaterialien, sowie eine Abkehr vom *monocropping*³ – wird der Konflikt in Bondoc ohne eine vernünftige Umverteilung nicht zu lösen sein. Auch deshalb fordern viele philippinische NGOs neben einer Verlängerung, auch eine Modifizierung des 2008 auslaufenden Agrarreformgesetzes, die sowohl eine rasche Umverteilung im Sinne der Antragsteller/innen als auch Folgeleistungen wie Saatgut, Arbeitsmaterialien oder Schulung im Umgang mit anderen Pflanzenarten vorsähe, damit die 1988 beschlossene Agrarreform endlich ein Erfolgsmodell wird.

Um den Bauern und Bäuerinnen zu ermöglichen für eben diese Lösung aktiv und gewaltfrei einzutreten, sich zu organisieren und zu mobilisieren, sind die IPON- Observer vor Ort. Sie sollen eben nicht bei der Umsetzung helfen, sondern durch ihre Anwesenheit Raum schaffen, damit die Bauern und Bäuerinnen sich eigenständig dafür einsetzen können, ohne dauernd befürchten zu müssen vom Großgrundbesitzer oder seinen Handlangern schikaniert, bedroht, attackiert, verklagt oder gar getötet zu werden.

Wer mehr über das IPON-Menschenrechtsprojekt erfahren möchte, siehe: www.ipon-philippines.org oder IPON in Hamburg: 040-2514907

Anmerkungen:

- 1) Ein Bolo ist ein philippinisches Buschmesser.
- 2) Keine weibliche Form, denn Landtitel können nur auf den Namen des Mannes ausgestellt werden.
- 3) Monocropping bezeichnet das Bewirtschaften der Felder mit einer einzigen Pflanzensorte, im Falle Bondocs vor allem Kokosnüsse, aber auch Reis und Mais.